

Maltesische Staatsbürgerschaft für 650 000 Euro

jöb/mbu. ROM/BRÜSSEL, 13. November. In dritter und damit letzter Lesung hat am Dienstagabend das Parlament von Malta in Valetta mit 37 zu 30 Stimmen ein Gesetz verabschiedet, das Ausländern gegen die Zahlung von 650 000 Euro die maltesische Staatsangehörigkeit käuflich anbietet. Das Gesetz soll nach dem Willen von Ministerpräsident Joseph Muscat die Wirtschaft ankurbeln und wohlhabende Ausländer auf die Insel locken. Mit dem Kauf der Staatsangehörigkeit sei der Erwerb aller Rechte und Pflichten verknüpft, so auch das Recht zur Beteiligung an den Wahlen. Vor seinem Inkrafttreten muss nur noch Präsident George Abela das Gesetz unterschreiben.

Der Fraktionsvorsitzende Simon Busuttil von der oppositionellen Nationalistischen Partei (PN), die im März bei den Wahlen nach 15 Jahren an der Macht von den Sozialdemokraten abgelöst worden war, sprach von einem „schwarzen Tag für die Demokratie“ in Malta. Busuttil warf der Regierung vor, sie habe diese Reform des Gesetzes zur Staatsangehörigkeit geradezu durch das Parlament gepetscht. Die PN denke daran, ein Referendum anzustreben, um die Reform rückgängig zu machen. Sonst werde sie nach den nächsten Wahlen und dem Machtwechsel das Gesetz annullieren, sagte Busuttil bei einer Pressekonferenz nach der Abstimmung im Parlament.

Zuvor hatte die Generalstaatsanwaltschaft deutlich gemacht, dass nach Einführung des Gesetzes die Käufer einer Staatsangehörigkeit genauso zu behandeln seien wie in Malta geborene Bürger. Das neue Gesetz gebe volle Bürgerrechte. Wohl aber könne eine andere Regierung und ein neues Parlament in der Zukunft das Gesetz wieder außer Kraft setzen; die einmal zuerkannten Staatsangehörigkeiten aber bleiben erhalten, es sei denn, der Verstoß gegen bestimmte Gesetze werde mit dem Entzug der Staatsangehörigkeit geahndet. Die Opposition kritisiert auch, dass das Gesetz nicht zwingend vorschreibe, dass Neubürger auf der Insel wohnen und dort auch investieren. Die Insel könnte nun zum Paradies für Steuerflüchtlinge werden. In Kommentaren beklagte Leser auf den Internetseiten der lokalen Presse, Malta prostituiere sich vor allem für Geschäftsmänner aus Russland, welche die Insel zu einem Magneten für die Mafia machen könnten.

Nach dem Gesetz kostet, wie die Zeitung „Malta Independent“ berichtet, jede Staatsangehörigkeit 650 000 Euro für ein Familienoberhaupt; 250 000 Euro müssen die Ehefrau eines Antragstellers und seine Kinder unter 18 Jahren bezahlen. Ältere Abkömmlinge bis zu 25 Jahren sowie die Eltern eines Antragstellers mit mehr als 55 Jahren haben 50 000 Euro aufzubringen. Die Beratungsfirma Henley & Partners, die für ihre Kundschaft den Erwerb von Grundstücken wie auch von Bürgerrechten vermittelt, wurde von Ministerpräsident Muscat und Finanzminister Tonio Fenech beauftragt, die Antragsteller auf mögliche kriminelle Hintergründe zu überprüfen und den Prozess der Antragstellung zu begleiten. Muscat schätzte, dass die Regierung im ersten Jahr mit dem Verkauf von etwa 45 Staatsangehörigkeiten 30 Millionen Euro einnehmen werde. Später werde mit 200 bis 300 Bewerbungen pro Jahr gerechnet.

Über die Verleihung der Staatsangehörigkeit können die EU-Länder souverän entscheiden, worauf auch die EU-Kommission am Mittwoch in Brüssel hinwies. Ein Sprecher machte deutlich, dass die EU hier keine Kompetenzen habe. Das habe auch der Europäische Gerichtshof in mehreren Urteilen festgestellt. Formal gesehen, vergeben Mitgliedstaaten wie in diesem Fall Malta auch nicht die EU-Bürgerchaft, sondern nur ihre eigene Staatsangehörigkeit. Diese verleiht allerdings automatisch die sogenannte Unionsbürgerschaft, die „zur nationalen Staatsbürgerschaft hinzutritt, sie aber nicht ersetzt“, wie es im EU-Vertrag heißt. Die Unionsbürgerschaft verleiht eine Reihe von Rechten, die damit auch Leuten zustehen würden, die in Malta eingebürgert werden: Dazu gehört das Recht, sich in der EU frei zu bewegen und aufzuhalten (Freizügigkeit); an Wahlen zum Europaparlament und an Kommunalwahlen in einem anderen EU-Land teilzunehmen; sich außerhalb Europas diplomatisch vertreten zu lassen, wo der eigene Staat keine Botschaft hat; schließlich das Recht, Petitionen an das EU-Parlament und den Europäischen Bürgerbeauftragten zu richten sowie von den EU-Institutionen Auskunft auf Anfrage in einer der 24 Amtssprachen zu erhalten. Anspruch auf Sozialhilfe oder eine Arbeitslaubnis begründet die Unionsbürgerschaft nicht ohne weiteres. Ein EU-Bürger darf sich legal in einem anderen EU-Staat nur länger als drei Monate aufhalten, wenn er Arbeit oder die finanziellen Mittel hat, sich zu unterhalten.

Während Malta seine Staatsangehörigkeit direkt verkaufen will, bieten Länder wie Zypern, Portugal und Belgien bereits gegen eine spezifische Investition eine Aufenthaltserlaubnis an; nach einer jeweils unterschiedlichen Anzahl von Jahren kann dann eine Staatsangehörigkeit beantragt werden.

Rechtspopulisten schließen sich zusammen

Marine Le Pen und Geert Wilders schicken ihre Parteien als Allianz in die Europawahl

nbu. BRÜSSEL, 13. November. Zwei der größten euroskeptischen und rechtspopulistischen Bewegungen, der französische Front National (FN) und die niederländische Partei der Freiheit (PVV), haben eine Allianz für die Europawahl im kommenden Jahr geschlossen. Nach einem Treffen in Den Haag verkündeten die Parteiführer Marine Le Pen (FN) und Geert Wilders (PVV) die Absicht, im nächsten EU-Parlament zusammen mit anderen Parteien eine gemeinsame Fraktion zu bilden. Ziel sei es, die nationale Souveränität ihrer Länder wiederzugewinnen. Beide sprachen von einem historischen Tag. Man lasse sich nicht mehr von den europäischen Eliten und den Medien einschüchtern, sagte Wilders.

Beide Parteien haben in den derzeitigen Umfragen zu den Europawahlen, die allerdings erst Ende Mai stattfinden, gute Aussichten, in ihren Ländern jeweils gute Ergebnisse zu erzielen und sogar stärkste Parteien zu werden. Als ihre gemeinsamen politischen Ziele stellten die beiden Vorsitzenden die Wiedereinführung ihrer nationalen Währungen, die Rückgewinnung von Haushaltshoheit und Selbstbestimmung in der Einwanderungspolitik dar. Wilders sagte, man schließe sich gegen das „Monster aus Brüssel“ zusammen. Le Pen sagte, es gehe darum, „unseren Völkern die Freiheit und Eigenständigkeit zurückzugeben“.

Im derzeitigen Europaparlament sind die beiden mit drei (FN) und vier (PVV) von 766 Abgeordneten vertreten, gehören aber keiner Fraktion an. Damit müssen sie auf wichtige parlamentarische Möglichkeiten verzichten. Fraktionen erhalten mehr Redezeit als einzelne Abgeordnete, sie haben Anspruch auf Fraktionsmitarbeiter und das Recht, Ausschussvorsitzende zu stellen. Zur Bildung einer Fraktion sind mindestens 25 Abgeordnete aus einem Viertel der Mitgliedstaaten nötig, was derzeit sieben wären. Wilders kündigte an, nach der Wahl Gespräche mit anderen euroskeptischen Parteien zu führen. Er nannte die britische Unabhängigkeitspartei und die dänische Volkspartei. Als potentielle Verbündete gelten auch der belgische Vlaams Belang, die Schwedendemokraten und die österreichische FPÖ. Die Alternative für Deutschland schloss eine Zusammenarbeit mit FN oder PVV am Mittwoch aus. Mit Rechtsextremisten habe man nichts zu tun, sagte der Parteivorsitzende Bernd Lucke.

Wilders und Le Pen stellten die Euroskepsis als ihre große Gemeinsamkeit dar,



Gemeinsam gegen das „Monster“: Marine Le Pen und Geert Wilders

Foto dpa

wohingegen es auf anderen Feldern Unterschiede gebe. So ist Wilders ein offener Feind des Islams, während Le Pen sich in religiösen Fragen auf den französischen Grundsatz der Laizität beruft. „Das ist wie in einer Ehe, da muss man auch nicht in allem übereinstimmen“, sagte Le Pen. Keine Gegensätze wollten die beiden in ihrer Haltung zu Israel sehen, obwohl Le Pens Vater Jean Marie als FN-Vorsitzender frü-

her antisemitische Argumente vertreten hat, während Wilders ein erklärter Freund des jüdischen Staates ist. Le Pen sagt, sie habe überhaupt nichts gegen Israel, sondern vertrete die Politik General de Gaulles, die auf Ausgewogenheit zwischen Israel und den Palästinensern abgezielt habe. „Wir sind junge Vorsitzende. Wichtiger als die Vergangenheit ist, was vor uns liegt“, sagte Le Pen.

Endlich solidarisch

Die französische Regierung hat rassistische Angriffe auf Justizministerin Taubira jetzt geschlossen verurteilt – eine überfällige Premiere.

Von Michaela Wiegel

PARIS, 13. November. Die Titelseite des rechtsextremen Wochenblatts „Minute“ hat am Mittwoch Frankreich empört. „Listig wie ein Affe“ steht neben einem Foto der dunkelhäutigen Justizministerin Christiane Taubira. Weiter geht es in großen Lettern: „Taubira retrouve la banane“. Das heißt wörtlich „Taubira findet die Banane“, bedeutet aber umgangssprachlich so viel wie „Taubira ist wieder voller Elan“. Die gezielt rassistische Provokation des wirtschaftlich dahinsiechenden Kampfblattes der extremen Rechten hat Premierminister Jean-Marc Ayrault dazu veranlasst, den Staatsanwalt wegen „öffentlicher Beleidigung rassistischer Art“ anzurufen. Der sozialistische Parteivorsitzende Harlem Désir, dessen Vater von der Antilleninsel Martinique stammt, verlangte ein sofortiges Verbot der Wochenzeitung. „Es reicht mit dem Rassismus und dem Extremismus“, twitterte der Parteichef. Innenminister Manuel Valls prüft nach eigenem Bekunden, die Verbreitung der Ausgabe unterbinden zu lassen. Am Mittwoch war sie jedoch am Kiosk in Paris zu finden.

Es ist das erste Mal, dass die Regierung schnell und geschlossen Solidarität mit der Justizministerin bekundet. Die aus Französisch-Guayana stammende Politikerin ist in den vergangenen Wochen wiederholt aufgrund ihrer Hautfarbe attackiert worden. Eine Lokalpolitikerin des Front National, Anne-Sophie Leclère, hatte auf ihrer Facebook-Seite das Bild eines Affen plaziert und daneben das Foto der Ministerin. In einem Fernsehgespräch rechtfertigte sich die junge Frau, keine Rassistin zu sein. Christiane Taubira sei jedoch eine „Wilde“, die sie lieber auf den Bäumen als in der Regierung sähe, so Leclère. Marine Le Pen ließ die Lokalpolitikerin daraufhin aus der Partei ausschließen. Die Justizministerin strengte eine Klage gegen Leclère an und sagte, das Gedankengut

des Front National bestehe aus den Forderungen „Schwarze auf die Bäume, Araber ins Meer, Homos in die Seine und Juden in den Ofen“. Marine Le Pen reagierte mit einer Gegenklage wegen Diffamierung. Nun teilte die Front-National-Vorsitzende mit: „Ich bin froh, dass mir jede Woche von ‚Minute‘ ins Gesicht gespuckt wird, wenn ich sehe, was aus diesem Blatt geworden ist.“

Kurze Zeit nach dem Leclère-Zwischenfall begrüßten Gegner der von der Justizministerin verteidigten Homosexuellen sie bei einem offiziellen Gerichtsbesuch in Angers mit Affenschreien. Ein Videomitschnitt zeigt zu der Protestgruppe gehörende Kinder, die der Ministerin Bananen entgegenhalten und rufen: „Affenweibchen, iss deine Banane!“ Diese Szene erregte zunächst kaum Aufsehen. Taubira beklagte sich in der Zeitung „Libération“: „Die schönen und lauten Stimmen“, die sich sonst in Frankreich sofort erhöhen, seien stumm geblieben. „Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Delikt“, mahnte die Justizministerin. Sie sei beunruhigt angesichts der „Banalisierung“ rassistischer Beleidigungen in Frankreich. Der schwarze Fernsehmoderator Harry Roselmack schrieb in „Le Monde“ einen Artikel mit der Überschrift „Das rassistische Frankreich ist wieder da“. Die Nationale Kommission für Menschenrechte in Frankreich weist in ihrem Jahresbericht 2012 auf einen „beunruhigenden Anstieg der Intoleranz“ hin. Zwischen 2011 und 2012 wurden demnach 43 748 Klagen wegen rassistischer Zwischenfälle aufgenommen. Das sind vier Mal so viele wie vor 20 Jahren. „Die Untersuchungen der Kommission zeigen, dass in der französischen Gesellschaft die Toleranz zurückgeht und sich rassistische und ausländerfeindliche Gefühle verbreiten“, heißt es in dem Bericht.



Christiane Taubira

Auf die Titelseite von „Minute“ will Justizministerin Taubira nicht reagieren. Sie sagte am Mittwoch, dies würde nur die Auflage des Blatts steigern.

Timoschenko bleibt vorerst in Haft

Ukrainische Opposition scheitert mit Gesetzesinitiative

ul. WARSCHAU, 13. November. Im ukrainischen Parlament ist der Versuch gescheitert, ein Gesetz zu beschließen, das der inhaftierten Oppositionsführerin Julija Timoschenko eine Haftunterbrechung gewährt hätte. Das Parlament beendete am Mittwoch ohne Abstimmung eine Sondersitzung, die für einen entsprechenden Beschluss anberaumt worden war. Ziel des Gesetzes wäre es gewesen, Timoschenko, die im Gefängnis erkrankt ist, einen Aufenthalt im Ausland zu ermöglichen; sie hätte ihr Rückenleiden dann in Deutschland behandeln lassen können. Die Opposition und die „Partei der Regionen“, welche Präsident Viktor Janukowitsch nahesteht, konnten sich indes nicht auf einen gemeinsamen Entwurf einigen.

Die Europäische Union hatte die Freilassung der Oppositionsführerin zur Voraussetzung für die Unterzeichnung eines fertig ausgehandelten Assoziierungs- und Freihandelsabkommens mit der Ukraine beim europäischen Gipfeltreffen in Vilnius am 28. und 29. November gemacht. Der gescheiterte Parlamentsbeschluss vom Mittwoch bringt dieses Vorhaben nun in Gefahr. Das wiederum könnte die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens schließlich unmöglich machen. Die erste kritische Stellungnahme wurde für den Mittwochabend erwartet – ein lange angekündigter Bericht der beiden europäischen Emissäre in der Ukraine, des früheren Präsidenten des Europaparlaments

Pat Cox und des ehemaligen polnischen Präsidenten Aleksander Kwasniewski. Die beiden sollten den Fraktionsvorsitzenden des Europaparlaments über die Fortschritte der Ukraine bei der Erfüllung der Bedingungen zur Assoziierung vorlegen. Eine negative Stellungnahme von Cox und Kwasniewski dürfte wiederum die Außenminister der EU beeinflussen, die sich bei ihrem Treffen am 18. November mit dem Thema befassen wollen. Einige von ihnen, unter anderen der schwedische Außenminister Carl Bildt, haben schon angekündigt, dass sie ihre Haltung zum Assoziierungsabkommen vom Fall Timoschenko abhängig machen wollen. Die Positionierung der Außenminister wird wiederum die Haltung der EU beim Gipfel in Vilnius prägen. Wegen dieser Verknüpfungen ist mit dem gescheiterten Kiewer Parlamentsbeschluss eine negative Dynamik in Gang gekommen, die nur noch schwer zu unterbrechen sein wird.

Der Fehlschlag vom Mittwoch dämpft Hoffnungen auf eine Freilassung Timoschenkos, die Janukowitsch zunächst selbst geweckt hatte. Der Präsident hatte angekündigt, er werde jedes Gesetz unterzeichnen, das ihm vom Parlament vorgelegt werde. In den Tagen darauf hat das Parlament (in dem Janukowitschs Leute die Mehrheit haben) es allerdings versäumt, dieses Angebot zu nutzen, die beiden Lager konnten sich nicht einigen. (Kommentar Seite 8.)

Angriff auf polnische Botschaft

Rache von Moskauer Nationalisten / „Minderwertigkeitsgefühl“

M.L. MOSKAU, 13. November. Jugendliche Anhänger des russischen Skandalchriftstellers und überzeugten „Nationalbolschewiken“ Eduard Limonow haben am Mittwoch in Moskau das Gelände der polnischen Botschaft mit Rauchbomben und Feuerwerkskörpern beworfen. Drei der Täter wurden von der russischen Polizei festgenommen. Polens Präsident Bronislaw Komorowski hat sich unterdessen dafür entschuldigt, dass rechtsextreme Demonstrationen am Tag der Unabhängigkeit die russische Botschaft in Warschau angegriffen hatten. Im polnischen Radiosender „Radio Z“ sagte Komorowski, Russland gebühre eine Entschuldigung im Namen Polens. Leider gebe es in seinem Land zahlreiche Kräfte, die alles daran setzten, Polen als russophoben Staat erscheinen zu lassen.

Der russische Politikaktivist Limonow warf in seinem Blog auf der Internetseite von „Radio Echo Moskwy“ anderen russischen Nationalisten vor, zwar „russische Märsche“ zu veranstalten, aber die Verteidigung russischer Interessen zu verschlafen. Nur seine eigene Partei, „Anderes Russland“, sei bereit, sofort angemessen zu reagieren. Bei dieser Partei handelt es sich um eine offiziell nicht zugelassene

Gruppierung, die die Nachfolge der verbotenen „Nationalbolschewistischen Partei“ angetreten hat, deren Fahnen der nationalsozialistischen Hakenkreuzfahne nachempfunden waren. Limonows neue Partei hat eine Handgranate im weißen Rund auf rotem Hintergrund zum Parteesymbol erhoben. Der Parteiführer selbst wird politisch der rot-braunen Variante imperialistisch angehauchter Sowjetnostalgie zugeordnet. Den Polen warf Limonow nach den Warschauer Ausschreitungen vor, das historische Scheitern der altpolnischen Adelsrepublik im Wettbewerb mit dem russischen Imperium nicht verwunden zu haben und – aus dem Minderwertigkeitsgefühl einer gescheiterten Nation heraus – Russland noch immer zu hassen.

Dabei sei das wegen westeuropäischer Einflüsse kränkelnde Polen seinerzeit (im 18. Jahrhundert) doch mit dem legitimen Recht der Stärkeren unter die Nachbarn (Russland, Österreich, Preußen) aufgeteilt und der Osten der alten Republik – samt Warschau – folgerichtig ins russische Imperium inkorporiert worden. Limonows Anhänger skandierten im Geist ihres Führers vor der polnischen Botschaft: „Lang lebe Russland, von Warschau bis Port Arthur!“



Foto: Reuters

**BITTE HELFEN SIE DEN
OPFERN DES WIRBELSTURMS
HAIYAN AUF DEN PHILIPPINEN**

Spendenkonto World Vision

Konto-Nr.: 2020 · BLZ: 501 900 00

Frankfurter Volksbank

„402909 Katastrophenhilfe Haiyan“



World Vision ist Mitglied bei



worldvision.de